GSP.Z-01-212-6

Kapitel 4: Zusammen leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu GSP.Z-01

Von Zeile 211 bis 214:
(196) Um das Recht auf Wohnen zu verwirklichen, ist ein hoher Bestand an öffentlichem und sozial gebundenem Wohnraum nötig.Wohnraum und Boden dürfen keine Spekulationsobjekte sein. ~~Dort, wo~~ Die Bodenwerte dürfen sich nicht mehr aus den hohen Verkaufspreisen speisen, sondern sollen nach einem realistischen und dem Allgemeinwohl dienenden Maßstab berechnet werden. Der zunehmenden Finanzialisierung des Wohnungsmarktes setzen wir das Primat der Politik entgegen. Geschäftsmodelle, die nur der Renditorientierung dienen, lehnen wir ab. Die Städte brauchen eine Neuausrichtung hin zu einem gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt mit einer neuen Wohngemeinnützigkeit, die dauerhaft preiswerten Wohnraum sichert. Genossenschaften, Stiftungen, soziale Träger und viele ~~Menschen zuziehen~~kleinere Akteure müssen dafür gestärkt werden.Um Wohnraummangel abzuwenden, muss neben der Sicherung des leistbaren Wohnungsbestandes auch in ~~großem~~notwendigem Umfang und bedarfsgerecht gebaut werden. Dabei ~~muss auf~~sind sozial-gerechtes und nachhaltiges Bauen ~~und~~sowie eine behutsame Nachverdichtung ~~geachtet werden~~entscheidend.

Begründung

Vielen Dank für die Unterstützung der ersten Version, aber Antrag wurde nochmal neu eingereicht, aufgrund zwei notwendiger Änderungen: bei der Bodenwertberechnung war die Ursprungsformulierung missverständlich, realer Ertrag klang etwas nach Legitimierung von hohen Verkaufspreisen, die sind ja aber das Problem. Jetzt ist es klarer, es geht um Berechnungen, die den dem Allgemeinwohl dienenden Nutzungen gerecht werden. Zudem 2. Punkt beim Neubau: wir brauchen bei Wohnraummangel auch Neubau, aber bedarfsgerecht und sozial, zudem muss dabei der Wohnungsbestand, v.a. der preiswerte Mietwohnungsbestand geschützt werden, um den Wohnungsmarkt überhaupt nachhaltig entlasten zu können.

weitere Antragsteller*innen

Joachim Schmitt (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Andreas Rieger (KV Dahme-Spreewald); Arturo Buchholz-Berger (KV Berlin-Pankow); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Michael Greiner (KV Berlin-Kreisfrei); Ronald Kunze (Hannover RV); Christian Knapp (KV Bodenseekreis); Julian Schwarze (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Walther Moser (Freiburg KV); Martin Reents (KV Berlin-Kreisfrei); Martin Saltzwedel (KV Wetterau); Isabell Christin Welle (KV Jena); Michael Sebastian Schneiß (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Stefan Taschner (KV Berlin-Lichtenberg); Werner Graf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Nikolas Becker (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Lennard Gottmann (KV Berlin-Mitte); Sebastian Weise (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); sowie 19 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.